

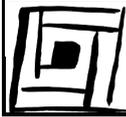
NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/02/2013
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 13.03.2013
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Integrationsrat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Bericht aus dem Seniorenbeirat
6. Sachstandsbericht zur Suchtberatung
7. Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: 0236/2013
8. Inklusionsbericht
Vorlage: 0075/2013
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Cramer begrüßt die Anwesenden. Sie informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Vorsitzende Frau Priester-Büdenbender erkrankt sei und wünscht ihr auf diesem Wege gute Besserung.

2. Mitteilungen

Herr Steuber berichtet, dass zeitgleich in Hagen eine Demonstration von PRO NRW stattfinde. Die Demonstranten protestierten vor der Flüchtlingsunterkunft Voerder Straße 33 gegen den aus ihrer Sicht stattfindenden Asylrechtsmissbrauch. Es habe sich auch eine Gegendemonstration gebildet. Er hoffe, dass diese ausreichend für alle Hagener Flagge zeigen würden.

3. Bericht aus dem Integrationsrat

entfällt

4. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

5. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.



6. Sachstandsbericht zur Suchtberatung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet zum Sachstand der Suchtberatung (siehe Anlage zu TOP 6).

Frau Kramps ist der Meinung, dass der Standard der Drogenhilfe nicht herunterzusetzen sei. Würde das bei einer Fusion drohen? Eigentlich sei das Konzept mit einer Qualitätsverbesserung gedacht gewesen. Sie möchte für den Fall einer Fusion wissen, was jeder in Bezug auf den Verwaltungsanteil einbringen würde.

Herr Goldbach erklärt, dass die Hauptzielsetzung gewesen sei, es in den Prozess der Haushaltssanierung einzubinden. Man habe angenommen, dass durch die Aufgabe der getrennten Aufgabenwahrnehmung Synergien entstünden. Man mache jetzt eine getrennte Aufgabenwahrnehmung unterschiedlicher Süchte. Seines Erachtens sei die Aufgabenwahrnehmung unter einem Dach möglich. Das sei die Voraussetzung für die Reduzierung. Andernfalls müssten Standards aufgegeben werden. Das gesetzte finanzielle Ziel sei ambitioniert.

Frau Kramps erklärt, dass die Träger aufgrund vielfältiger Probleme gezwungen seien, nochmals auf finanzieller Ebene zu reduzieren. Das würde zu den Schwierigkeiten führen. Dann hätte man ja weit über das vereinbarte Einsparziel hinaus eingespart. Da sehe sie einen Qualitätsverlust. Das sei nicht mehr das, was Politik gewollt habe. Irgendwo scheine es auch Störungen zu geben. Vielleicht könne man das darstellen.

Herr Goldbach stellt fest, dass am Ende der Bericht auch aussagen könne, dass man das nicht schaffen könne. Es gebe auch Vorbehalte in der Mitarbeiterschaft.

Herr Steuber erklärt, dass man die Lagebeschreibung nicht an irgendwelchen Störungen festmachen könne. Das sei für die Stadt nicht der zentrale Punkt. Er möchte darauf hinweisen, dass der Rat im Jahr 2011 für diesen Bereich eine Konsolidierungsmaßnahme beschlossen und auch beziffert habe. Die Maßnahme werde jetzt durch den Wunsch, bei den Trägern weitere 25.000 € einzusparen, noch höher gelegt. Er habe als Jugendamtsleiter das besondere Interesse daran, dass die psychosoziale Beratungskompetenz in dieser Einheit erhalten bleibe. Sein besonderes Augenmerk richte sich auf das Wohl der Kinder, die in Beziehungen von Methadonsubstituierten lebten.

Frau Sauerwein berichtet, dass man zu der Erkenntnis gekommen sei, dass die Auswirkungen auf Kinder in diesem Familien gravierend seien. Das habe sie erschüttert. Die Arbeit, die in diesem Bereich gemacht werde, wirke auch gleichzeitig für das Familien- und Kindeswohl und sei Präventionsarbeit im weitesten Sinne.



7. Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: 0236/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Cramer informiert darüber, dass die Fraktion Die Grünen / Bündnis 90 zum Bildungs- und Teilhabepaket eine Anfrage gestellt habe.

Herr Dr. Brauers weist in diesem Zusammenhang auf die beiden ausgelegten Tischvorlagen zu dem Thema hin (**siehe Anlagen zu TOP 7**). Er geht näher auf die gestellten Fragen ein.

Frau Sauerwein macht deutlich, dass sie davon ausgehe, dass sich die Arbeit der Schulsozialarbeiter sehr positiv ausgewirkt habe. Wie würde sich das auswirken, wenn diese Arbeit nach dem 31.12.2013 wegfallen würde?

Herr Goldbach erklärt, dass diese Frage auch von verschiedenen Schulleitungen gestellt worden sei. Die Arbeit der Schulsozialarbeiter in Hagen sei sehr erfolgreich. Die weitere Finanzierung der Schulsozialarbeit sei offen.

8. Inklusionsbericht
Vorlage: 0075/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Gleiss stellt den Inklusionsbericht vor.

Frau Fischbach zitiert einen Satz aus der Vorlage, dass es zum Schuljahr 2013/2014 integrative Lerngruppen in allen Schulformen und Schulbezirken geben soll.

Sie habe die Proteste dazu aus der Elternschaft von Kindern der Gymnasien zur Kenntnis genommen, weil nicht förderfähige Kollegen für diesen Zweck vor Ort seien. Wie habe sie sich das vorzustellen, wenn Gymnasiallehrer lernbehinderte Kinder unterrichten sollten und vom Land keine weiteren Mittel und keine weiteren Lehrer gestellt würden.

Herr Steuber berichtet, dass man am heutigen Tag die erste konstituierende Sitzung einer sogenannten Koordinierungsgruppe innerhalb der Verwaltung gehabt habe, weil sich der Verwaltungsvorstand vor kurzem auch mit dieser Frage beschäftigt habe. Es gehe darum, dass eine strategische Verbindung mit gemeinsamer Zielorientierung bei der Inklusion hilfreich sei. Es habe sich herausgestellt, dass in Hagen alle Bedarfe, die von den Eltern geltend gemacht worden seien, gedeckt werden könnten. Es sei außerdem von der Schulaufsicht deutlich gemacht worden, dass in Abstimmung mit der Bezirksregierung die notwendigen Ressourcen, die dafür notwendig seien, bereitgestellt würden. Es werde auch für eine Qualifizierung der Lehrer gesorgt.



Frau Fischbach weist darauf hin, dass das Ganze im August des Jahres stattfinden solle und jetzt bereits Mitte März sei. Eine Qualifizierung in dieser kurzen Zeit sei gar nicht mehr möglich.

Frau Sauerwein ist erfreut, dass es jetzt eine solche Koordinierungsgruppe gebe. Das erschiene ihr auch dringend erforderlich. Inklusion sei ein Thema, das große Umbrüche im Denken erfordere. Man merke der Vorlage an, dass die Koordinierung im Moment noch nicht vorhanden sei. Ihr fehle noch die genaue Vorstellung, was eine inklusive Stadt sein solle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen nimmt den Inklusionsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Sauerwein nimmt Bezug auf die Warmwasserpauschale. Diese habe im Jahr 2012 bei 8,60 € monatlich gelegen und liege in diesem Jahr bei 8,79 €. Es hätten sie Beschwerden erreicht, dass dieser neuere Betrag nicht ausgezahlt würde, sondern nur der Betrag in Höhe von 8,60 €.

Sie bittet um Klärung bis zur nächsten Sitzung, aus welchem Grund so verfahren würde.

Stellungnahme der Verwaltung:

„Die Höhe der Pauschale für die Warmwasserbereitung ergibt sich aus der Festlegung des Gesetzes (z. B. 2,3 % der Regelbedarfsstufen 1 bis 3). Die Umsetzung bei einer Änderung der Beträge der Regelbedarfsstufen erfolgt in der EDV durch die generelle Steuerung über einen entsprechenden Schlüssel für die Eingabe bzw. Anpassung. Da manuell keine Werte eingetragen werden müssen, können nicht zutreffende Beträge nur in Einzelfällen aufgetreten sein, in denen die Gründe für den Fehler individuell untersucht und berichtigt werden.“

Ende des öffentlichen Teiles: 17.15 Uhr

gez. Marianne Cramer
stellv. Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin